

„Völlig getrennt ... von der deutschen Umgebung“:

## Das Lager Föhrenwald 1953



(Grafik: rijo)

### Einleitung

Schon die Fortexistenz des seit 1945 mit jüdischen Displaced Persons (DPs) belegten Lagers Föhrenwald war für die Verantwortlichen im Jahre 1953 eine Peinlichkeit. Vor allem ermöglicht durch die Gründung des Staates Israels 1948 und das Ende des darauf folgenden Unabhängigkeitskrieges hatte bis Mitte 1950 die überwältigende Mehrheit aller auswanderungswilligen und -fähigen DPs Deutschland verlassen. Die Verwaltung der zurückgebliebenen Juden in Föhrenwald übernahm am 1. Dezember 1951 der Freistaat Bayern in der sicheren Erwartung, dass sich das Problem bald von selbst durch weitere Emigration und freiwillige Integration lösen würde. Dementsprechend wurden 1952 sämtliche Insassen der noch in der ehemaligen US-Besatzungszone bestehenden gleichartigen Einrichtungen im Föhrenwalder „Regierungsdurchgangslager für heimatlose Ausländer“ zentralisiert.

Im folgenden Jahr, aus dem der unten abgedruckte Quellentext stammt, waren Bewohner, Sozialarbeiter und Verwaltungsbeamte von diesem gemeinsamen Wunschtraum aber weiter entfernt als je zuvor. Der Bericht beschreibt in einer Momentaufnahme recht objektiv, da von der UNESCO als neutraler Institution in Auftrag gegebene Studie, die Gemengelage aus verschiedenen Gruppen im Lager, ihrer Einstellung, die in weiten Teilen auf Auswanderungsmöglichkeiten hoffend alle Integrationsbemühungen blockierte, und der Notwendigkeit zu einem angesichts des Holocaust extrem vorsichtigen Umgangs der deutschen Behörden mit dem Ziel der Auflösung dieses anachronistischen, aber selbst gewählten Ghettos im bayerischen Voralpenland südlich von München. Wie der Schlusssatz des Gutachtens zeigt, hatte man dabei auch die nichtjüdische Bevölkerung im Auge, der durch die scheinbare Faulenzerei der ausländischen Juden auf Kosten deutscher Steuerzahler kein Vorwand für antisemitische Parolen geliefert werden sollte.

Entsprechend dieser Komplexität gelang die Quadratur des Kreises Föhrenwald erst im Februar 1957, also mehr als drei Jahre nach dem folgenden Bericht und mehreren zuvor gescheiterten Auflösungsversuchen. Die letzten Insassen konnten - wider Erwarten ohne unüberwindliche Widerstände - auf Aufnahmeland und deutsche Städte verteilt werden, wo sie in den damals noch verschwindend kleinen jüdischen Gemeinden aufgingen.

*rijo*

### **Literatur**

Angelika *Königseder*, Juliane *Wetzel*: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland. Frankfurt a.M. 1994. Das Buch enthält auf S. 99 - 172 eine ausführliche Darstellung der Entwicklung des Lagers von seinen Anfängen bis zu seiner Auflösung.

---

## Quellentext

*Dr. Gabriele Wülker: Probleme der soziologischen Eingliederung fremder ethnischer Gruppen in die deutsche Bundesrepublik. Erstellt im Auftrag des UNESCO (United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization - Paris) Instituts für Sozialwissenschaften (Köln). Köln, Dezember 1953, S. 81 - 91.*

### **Föhrenwald - das Lager für ehemalige jüdische Displaced Persons**

In der vorliegenden Arbeit, die die Eingliederung fremder ethnischer Gruppen in die deutsche Gesellschaft zum Gegenstand hat, kann auf den Antisemitismus nicht besonders eingegangen werden. Denn es ist fraglich, ob der Antisemitismus mit seinen vielfachen Verzweigungen auf religiösem und kulturellem Gebiet unter dieses Thema fällt, das ethnische Fragen behandelt. Außerdem ist die Gesamtzahl der Juden in Westdeutschland mit 20.000 sehr gering. Sie leben so verstreut, daß sie nirgends als eine Gruppe auftreten. Dieses Problem hat höchstens im Zusammenhang mit dem Lager Föhrenwald in Bayern eine gewisse Bedeutung. Dieses Lager sammelt die letzten jüdischen ehemaligen Displaced Persons in der Bundesrepublik und ist in der Beamtensiedlung einer ehemaligen Munitionsfabrik bei Wolfratshausen in Oberbayern untergebracht. Nicht auswanderungsfähige oder nicht auswanderungswillige Juden, die früher von der IRO [International Refugee Organization; internationale Flüchtlingshilfsorganisation der Vereinten Nationen] betreut wurden, sind dort zusammengefaßt. Am 1. Januar 1953 lebten 1.600 - 1.700 Personen jüdischen Glaubens hier wie in einer kleinen Stadt, ohne eine direkte Verbindung zu ihrer deutschen Umgebung. Von den 1.600 ursprünglichen Insassen, die im Lager und bei der Regierung unter der Bezeichnung „legale“ Insassen bekannt sind, arbeiten nur rund 7 Prozent, etwa ein Drittel von ihnen in der Lagerverwaltung, einige außerhalb des Lagers. 73 Personen beziehen Arbeitslosenfürsorge, d.h. sie hatten früher ein Arbeitsverhältnis. 1.148 sind Fürsorgeempfänger. Das Durchschnittsalter der Lagerinsassen ist relativ ungünstig mit 35 Jahren. Es gibt 450 Kinder, die zumeist in der Nachkriegszeit geboren sind. Die Ärzte berichten von mehr als 500 Tbc-Kranken und 250 Chronisch-Invaliden und Kranken. Der Fürsorgesatz liegt um 25 Prozent über dem Richtsatz des Kreises Wolfratshausen, d.h. daß eine Familie mit zwei Kindern rund 130 DM erhält, wozu noch ein Unterstützungssatz von DM 100 von der jüdischen Organisation „Joint“ [offiziell American Jewish Joint Distribution Committee; amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation] kommt. Neben die sogenannten „legalen“ Insassen treten die sogenannten „illegalen“ Insassen, die in den letzten Monaten im In- und Ausland viel von sich reden machten.

Am 21.7.1953 wurden außer den 1.600 „legalen“ Insassen des Lagers 470 registrierte „illegale“ und 80 nichtregistrierte „illegale“ Insassen ermittelt. Als „Illegale“ werden solche Personen bezeichnet, die ohne Genehmigung und gegen den Willen der zuständigen Behörden, in diesem Fall des Bayerischen Innenministeriums, im Lager Aufenthalt genommen haben.

Sie gliedern sich in zwei Gruppen:

1. Israelitische [lies: israelische] Staatsbürger, die über Europa nach Kanada auswandern wollen, zunächst nach Frankreich gingen, dort aber abgeschoben werden sollten. Das deutsche Konsulat in Paris erteilte an 170 Personen das Visum für Deutschland, was an und für sich nicht zulässig ist, da die israelitischen [lies: israelischen] Pässe ausdrücklich den Vermerk enthalten, daß sie nicht für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Gültigkeit haben. Daraufhin wurde deutscherseits die weitere Ausgabe solcher Visa in Paris verhindert.
2. Trotzdem kam noch eine zweite Gruppe „Illegaler“ über die westdeutsche Grenze. 20 Prozent von ihnen stammen auch aus Israel. Die Illegalen sind junge arbeitsfähige Menschen, teilweise beruflich qualifiziert. Sie begründen ihre Abwanderung aus Israel mit dem ungünstigen Klima, das sie nicht vertragen können, auch sagen sie, daß die Arbeit dort zu schwer sei. Der jüdische stellvertretende Lagerleiter berichtete, daß diese „Illegalen“ erklärten: „Lieber in Deutschland sterben als zurück nach Israel.“

Sie kommen nach Deutschland, weil sie wissen, daß sie dort Fürsorgeunterstützung erhalten, d.h. also, daß für sie gesorgt wird, ein gewisser, wenn auch geringer Lebensstandard gesichert ist - eine Tatsache, die es sonst nirgendwo in der Welt gibt.

Der israelitische [lies: israelische] Staat wäre bereit, die Illegalen, die sich noch im Lager aufhalten, sofort wieder aufzunehmen, das könnte jedoch nur mit Polizeigewalt durchgeführt werden, d.h. die Illegalen müßten mit Zwang zum Schiff gebracht werden. Dafür will allerdings niemand in Westdeutschland die Verantwortung übernehmen.

Wie ist die Behandlung der Juden im Lager Föhrenwald? Lassen sich hier Anzeichen erkennen für eine antisemitische Einstellung?

Die Tatsache, daß freiwillige Juden aus Israel hierher zurückkehren, legt den Schluß nahe, daß man deutscherseits sehr bemüht ist, zu helfen und zu heilen. Die Illegalen kommen nach Deutschland auch mit der Begründung, daß Deutschland an ihnen etwas „wiedergutzumachen“ habe und vertreten einen Rechtsanspruch gegenüber Deutschland. Ob sie tatsächlich, wie sie vielfach angeben, ehemalige KZ-Insassen waren, ist im allgemeinen nicht zu beweisen, da sie keine Papiere mitbringen. Man nimmt deutscherseits an, daß sie aus den östlichen

Satellitenstaaten stammen, im Laufe der Nachkriegszeit jedoch nach Israel flüchteten und nun in Deutschland Aufnahme suchen. Für die gemeldeten „Illegalen“ wird, wie gesagt, Fürsorgeunterstützung gezahlt, die nur um 25 Prozent niedriger liegt als im Rahmen der sonst überhöhten Fürsorgesätze des Lagers.

„Seit die Bayerische Regierung das Lager übernommen hat, ist eine erstklassige Schule da, eine der besten Volksschulen Bayerns, ein moderner Kindergarten, ein Haus der offenen Tür, das modern und schön ist mit einer vorzüglichen Bibliothek,“ wie ein jüdischer Fürsorger berichtete.

In dem Lagerkrankenhaus, in dem zur Zeit 50 Betten belegt sind, sind 6 jüdische Ärzte, darunter ein Facharzt, beschäftigt. Das Krankenhaus verfügt über eine Röntgenstation und ein Laboratorium.

Neben diesen Einrichtungen existiert noch eine handwerkliche Schule, die sogenannte Ort-Schule [ORT = Organization for Rehabilitation Through Training; internationale jüdische Selbsthilfeorganisation für Berufsausbildung]. Dort sind zur Zeit 161 Schüler, unter ihnen 35 Rückkehrer aus Israel, in Ausbildung. Die Kurse dauern ein Jahr. Nach einem Jahr wird eine Prüfung abgelegt, zu der auch die deutsche Innung kommt, die nach eingehender Prüfung die Zeugnisse erteilt. Die Probearbeiten, die Zeugnisse, die meist die Note „gut“ und „sehr gut“ aufweisen, zeugen für den Arbeitswillen, Lerneifer und die Geschicklichkeit. Es gibt Kurse für Herrenschneiderei, Schweißerei (autogenes und elektrisches Schweißen), Schlosserei, Uhrmacherei, Radiotechnik, Damenschneiderei, Wäschenäherei, Kosmetik, Maniküre, Pediküre und Körpermassage. Für jeden Schüler zahlt die Bundesregierung 60,-- DM pro Kopf und Monat. Daneben laufen Handarbeitskurse für kranke Frauen, um Arbeitstherapie durchführen zu können. Die Lehrer sind vielfach Deutsche, zum Teil sind es deutsche Flüchtlinge. Unter den Kurssteilnehmern befinden sich keine Deutschen, da nur Lagerinsassen Zugang zu den Kursen haben.

Im Heim der offenen Tür werden durch deutsche Lehrer Sprachkurse durchgeführt, von denen besonders die englischen und spanischen besucht werden. Der deutsche Sprachkursus ist weniger gefragt. Falls die Kursusabsolventen der handwerklichen und sprachlichen Kurse keine Beschäftigung finden, können sie weiter an den Kursen teilnehmen, um ihre Kenntnisse nicht zu verlieren, sondern zu vertiefen.

Wie wirken sich diese Maßnahmen im einzelnen aus, welchen Beitrag leisten sie zur Eingliederung?

Kommt man in das Lager Föhrenwald, und spricht man mit den verschiedenen Menschen, ist immer wieder zu spüren, daß die Mehrzahl der Insassen ein Verbleiben in Deutschland ablehnt. Sie wollen nichts mehr von der deutschen Kultur annehmen, wie sie sagen. Sie wollen auswandern. Sie können und wollen sich nicht eingliedern, da sie die Ereignisse der Kriegszeit nicht vergessen. Sie streben nach Übersee und den U.S.A., obgleich sie zum großen Teil für eine Auswanderung abgelehnt wurden wegen Tb oder wegen irgendwelcher Vergehen. Diese Nichtbereitschaft, hier zu bleiben, verhindert von vornherein jegliches Einleben. Geht man durch das Lager, fallen die Namen der Straßen auf, die die Sehnsucht der Menschen hier widerspiegeln. „Independence-Platz“, „Tennessee-Straße“, „Kentucky-Straße“. In dem „Haus der guten Hoffnung“ werden Kurse zur Fortbildung der Erwachsenen von deutschen Lehrern abgehalten.

In der Ort-Schule erinnern zahlreiche Wandbänder und Inschriften wie z.B. „Durch Wissen und Arbeit führt der Weg zur Freiheit“ die Schüler daran, wozu sie hier in der Schule sind. Wofür sie dort lernen und schaffen, ist jedoch nicht für ein zukünftiges Bleiben in Deutschland, sondern für eine Arbeit im Ausland.

In der deutschen Schule, für die ein Schulzwang besteht, wird Deutsch, Hebräisch und Englisch gelehrt. Zuerst war es ein großer Kampf mit den Eltern, bis sie davon überzeugt waren, daß sie ihre Kinder in die Schule schicken mußten. Jetzt sehen die Eltern ein, daß die Kinder dort etwas lernen, was sie vielleicht einmal gebrauchen könnten. Auch sehen die Eltern ein, daß es gut ist, wenn die Kinder Deutsch lernen, vielleicht könnte diese Sprache ihnen noch einmal nützen. „Rechnen und Lesen muß schließlich jeder können. In welcher Sprache man das lernt, ist ja egal“, äußerte der stellvertretende Lagerleiter. Bis auf 7 Eltern, deren Kinder Rabbiner werden sollen, schicken alle ihre Kinder in diese deutsche Schule. Da es keine Rabbinerschule in Deutschland gibt, bemüht man sich, für diese 7 Kinder in Frankreich eine Ausbildung zu finden. Für alle Schulausgaben tritt die Bundesregierung ein - einschließlich der Hefte und Bleistifte, was in deutschen Schulen sonst nicht üblich ist.

Die Schule ist im übrigen gleichfalls auf Auswanderung eingestellt. Deutsche Geschichte ist in den Lehrplan nicht mit einbezogen. Die Schule ist vom Bayerischen Kultusministerium angewiesen worden, die Kinder nicht auf ein Deutschtum hin, sondern kosmopolitisch zu erziehen.

Die Lehrer und Fürsorgerinnen sind sehr beliebt bei den Kindern und bei ihren Eltern „aufgrund ihres selbstlosen Einsatzes für das Wohl der Kinder und der Lagerinsassen“.

Wie weitgehend die Lageratmosphäre lähmend wirkt, zeigt die Arbeitssituation, die der Lagerleiter als ein sehr heikles Problem bezeichnete. Arbeit suchen nur die Illegalen. Sie können jedoch keine Arbeit aufnehmen, weil sie über keine Arbeitspapiere verfügen, was für eine Arbeitsaufnahme im Fall von Ausländern die Voraussetzung wäre. In den Kursen wird nur gelernt, um für die Auswanderung geeignet zu sein, umso mehr als die bereits Ausgewanderten schreiben, daß jeder etwas gelernt haben müßte. „Die Leute wollen wohl arbeiten, aber unter keinen Umständen hier in Deutschland,“ führte der stellvertretende Lagerleiter aus. „Sie wollen nur arbeiten in dem Land, in das sie auswandern. Der Anreiz zur Arbeit ist ohnedies nicht gegeben, weil sie mit der Unterstützung, wie gesagt, bei einer Familie mit 4 Köpfen insgesamt 230 DM erhalten und sich nicht besser stehen würden, wenn sie arbeiteten. Es sind ja meist ungelernete Arbeiter, oder sie können ihre Berufsausbildung durch Papiere nicht ausweisen, so daß sie nur sogenannte schwarze Arbeit bekommen, d.h. schwere manuelle Arbeit finden müssen. Da stehen sie sich mit der Unterstützung besser und begnügen sich damit, daß die Instanzen ja helfen. Wie lange die Instanzen wohl helfen werden, daran denkt niemand.“

Als der Lagerleiter für die Gemeinschaftsküche eine Köchin suchte, bat er die Frauen, die sich als Köchin für eine Auswanderungsmöglichkeit hatten vormerken lassen, diesen Posten anzunehmen, alle lehnten es jedoch ab. Sie wollten zwar arbeiten, aber nicht in Deutschland. Es wurde den Lagerinsassen angeraten, das Lager etwas besser zu pflegen. Es macht einen sehr ungepflegten Eindruck, und überall liegt irgendwelcher Abfall auf den Straßen. Es wurde dem entgegengehalten, daß sie es nicht nötig hätten, für Deutschland zu arbeiten, das Lager sollte deutscherseits gepflegt werden.

Um die Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung zu fördern und um die Lagerverkleinerung und schließlich Lagerauflösung voranzutreiben, sitzt seit Mai 1953 ein vollbezahlter Vertreter des Arbeitsamtes Bayern-Süd (München) im Lager. Von Mai bis September 1953 hatte er vier Arbeitsplätze an Lagerinsassen vermittelt, die sich jedoch daraufhin beim Innenministerium beschwerten, daß man ihnen zumute zu arbeiten. Angesichts einer solchen Einstellung muß jede Bemühung deutscherseits, eine Eingliederung zu fördern, fehlschlagen.

Die deutsche Regierung versucht daraufhin alle Möglichkeiten, um die Auswanderung der Lagerinsassen zu fördern und zu finanzieren und damit die Auflösung des Lagers zu erreichen. Norwegen hat sich bereit erklärt, 100 Tbc-Kranke freiwillig aufzunehmen. Schweden hat das gleiche zugesagt, jedoch noch nicht darüber verhandelt. Vielleicht kann man auch Dänemark für einen solchen Plan gewinnen. Mit Belgien wird die Unterbringung junger leistungsfähiger Juden im Bergbau besprochen. Auch mit den USA und Kanada wird verhandelt,

ob sie neben den Gesunden nicht auch kranke Fälle aufnehmen könnten, allerdings bisher ohne Erfolge.

Für diejenigen, die in Deutschland bleiben wollen, - es handelt sich um 530 Lagerinsassen - stellte man fest, daß sie für den Fall der Lagerauflösung in Großstädte gehen wollen. Als Hauptziele wurden Frankfurt am Main und München gewünscht.

Das Bundesfinanzministerium ist bereit, den Wohnungsbau weitgehend mit Bundesmitteln zu fördern. Die Städte sollen dann ihrerseits Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Auch kirchliche Organisationen sind bereit, im Rahmen ihrer Bauprogramme Juden zu berücksichtigen. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind im Gange.

Die Auflösung des Lagers Föhrenwald scheint eine dringende Notwendigkeit zu sein trotz des Protestes einzelner Lagerinsassen. In diesem Lager zeigen sich wirklich in der Potenz alle negativen Erscheinungen eines Lagerlebens. Vor allem wäre es dringend nötig, die Jugendlichen, sobald sie die Schule beendet haben, der Lageratmosphäre zu entreißen. Der Vorschlag der Referentin, die jüdischen Schulentlassenen in deutschen Lehrlingsheimen unterzubringen, von wo aus sie entweder eine Lehre durchmachen, oder die höhere Schule besuchen könnten, stieß auf glatte Ablehnung. Dabei war es möglich, ein Lehrlingsheim, das einen sehr guten Ruf hat und unter der Leitung eines jüdischen Lagerleiters steht, ausfindig zu machen. Der Direktor der Schule im Lager Föhrenwald, der Fürsorger und der stellvertretende Lagerleiter lehnten den Vorschlag mit der Begründung ab, die Eltern würden sich nicht von ihren Kindern trennen wollen, denn sie hingen sehr an ihren Kindern; sodann würden die Eltern den Fürsorgesatz für das Kind verlieren. Auf die Vorhaltung, daß dafür der Jugendliche doch die Grundlage für eine spätere Existenz erhalte, wurde dieses Argument abgewehrt mit der Feststellung, daß sich das erübrige, da alle Eltern für eine Auswanderung registriert seien, eine Arbeit oder ein Verbleiben in Deutschland nicht mehr in Frage käme.

Ein Fürsorger, der bezüglich der Auswanderungsmöglichkeiten weniger optimistisch ist, hält es für dringender, eine rigorose Umsiedlung aller Lagerinsassen durchzuführen, und zwar nicht entsprechend den Wünschen der Eltern, da diese doch zumeist arbeitslos wären. Der neue Aufenthaltsort wäre vielmehr danach zu bestimmen, ob die Kinder dort eine Ausbildungsmöglichkeit finden, die ihren Anlagen entspricht. Die Erfahrungen der Lehrer und Kindergärtnerinnen und Fürsorger zeigten die rasche Auffassungsgabe der jüdischen Kinder, ihre gut entwickelten Fähigkeiten, schnell zu lernen und zu kombinieren, was allerdings oft mit Frühreife verbunden sei. Als besonders intelligent erweisen sich die Kinder der Illegalen, die als Gewinn für den Nachwuchs der jüdischen Gemeinde bezeichnet wurden.

Der gleiche Fürsorger hat den Plan, ein Lehrlingsheim für 50 jüdische Jungen und Mädchen aufzubauen. Durch gemeinsame Zusammenkünfte mit deutschen konfessionellen und freien Jugendverbänden will er die Verbindung zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen herstellen. Er will damit die Kinder bewußt aus dem elterlichen und dem Lagermilieu heraus-holen. Andererseits meinte er, daß die jüdischen Eltern es „nicht ablehnen würden, ihre Kin-der mit deutschen Kindern zusammenbringen zu lassen, da die deutschen Fürsorgerinnen und Kindergärtnerinnen - wie bereits zitiert - aufgrund ihres selbstlosen Einsatzes für die Kinder in den Familien äußerst beliebt sind“.

Als einzigen Weg, die heutigen Lagerinsassen zu einer erträglichen Existenz zu bringen, be-zeichnete er die Möglichkeit, sie in kleineren Gruppen auf die Städte aufzuteilen, damit sie in der Bevölkerung aufgehen. Von älteren Lagerinsassen - und dazu zählt er bereits die 40-jährigen - würde kaum einer mehr sich als normaler Bürger in Deutschland eingliedern. Aber die junge Generation, die „ausgezeichnetes Menschenmaterial“ darstelle, würde sich hoffent-lich in das deutsche Wirtschafts- und Sozialgefüge hineinfinden.

Wenn das Lager Föhrenwald ohne jede Verbindung zur deutschen Umwelt lebt, liegt es daran, daß es völlig getrennt ist von der deutschen Umgebung. Im Lager befinden sich Kinos, Ge-schäfte, Kindergarten, Schule, Ausbildungsstätten. Der jüdische Gottesdienst wird im Lager abgehalten, so daß auch die Kirche und Geistlichen keine Bindeglieder zwischen den Lagerin-sassen und den Deutschen sind.

Der Arbeitsmarkt dieser abgelegenen Gegend bietet keine Arbeitsmöglichkeiten, außerdem genießt das Lager nicht den besten Ruf, so daß die Arbeitgeber, wie der Lagerleiter erklärte, nicht gern Menschen aus dem Lager Föhrenwald einstellen. Diese Trennung wird noch ver-tieft und verstärkt durch die ablehnende Einstellung der Lagerinsassen gegenüber einer Ein-gliederung in Deutschland. Je massierter eine Gruppe, wie es hier im Lager Föhrenwald der Fall ist, um so stärker wird ihre Absonderung von der Umgebung sein, so daß auch jede echte Bemühung um eine Eingliederung im Keim erstickt wird. Vor allem aber liegt es hier daran, daß die Lagerinsassen in jeder Form, in jedem Satz, bei jeder Gelegenheit betonen, daß sie nicht in Deutschland bleiben wollen. Ihre ganze Hoffnung ist auf eine Auswanderung einge-stellt.

Gewiß hat sich die Situation hier in Föhrenwald noch verschärft durch die sehr anspruchsvolle Einstellung der Lagerinsassen gegenüber Deutschland. Je mehr Menschen in einem Lager konzentriert leben, um so stärker werden sich die Ansprüche steigern, die in der Tat im Lager Föhrenwald, wie an vielen Beispielen demonstriert werden könnte, anormal hoch sind. Inso-

fern muß man gerecht sein, wenn auch von Seiten der benachbarten Bevölkerung die Spannungen nicht leicht überwunden werden.

Die Grundlagen zu diesem Kapitel lieferten Informationen folgender Persönlichkeiten:

1. Herr Dorsch, jüdischer Sozialarbeiter im Lager Föhrenwald.
2. Herr Direktor Friedmann, jüdischer Leiter der Ort-Schule im Lager, sowie sein Mitarbeiter und die verschiedenen, teils jüdischen Lehrer der Kurse.
3. Herr Karl A. Hefter, Leiter des Bayerischen Hilfswerks, München.
4. Stellvertretender jüdischer Lagerleiter, Herr Slozowsky. Herr Slozowsky, Buchhalter, wohnt in München in einer Privatwohnung. Er könnte auch in Föhrenwald wohnen, doch lehnte er das ab. Er, seine Frau und die zwei Kinder stoßen, wie er sagte, auf keinerlei Schwierigkeiten mit den Nachbarn, da sie sich korrekt verhielten. Es wäre ein normales Verhältnis, nicht besonders herzlich, aber auch nicht ablehnend - es käme eben darauf an, wie sich der einzelne benähme.
5. Landesarbeitsamt Bayern-Süd, München.
6. Bayerisches Innenministerium.
7. Bundesministerium des Innern.
8. Zeitungen: „Die Welt“, 17.8.1953, „Neue Zeitung“, 21.5.1953.

[Index\\*](#)

[Home\\*](#)